

1 Einleitung

1.1 Einstieg und Ausgangslage

Demokratie braucht Öffentlichkeit. Auch diejenigen, die dieser These widersprechen¹, werden zumindest anerkennen, dass die Bewältigung gesellschaftlicher Probleme ein Mindestmaß an Kommunikation und auch öffentlicher Kommunikation erfordert. Wie die Kommunikation im Detail aussehen soll, bleibt jedoch äußerst kontrovers und soll Gegenstand dieser Arbeit sein. Die Kontroverse rührt nicht zuletzt daher, dass es *die* eine Öffentlichkeit nicht gibt. Öffentlichkeit hat verschiedene Facetten, denen in der Wissenschaft verschiedene Namen gegeben werden.

Die *vernünftige Öffentlichkeit* ist eine normativ gemeinhin akzeptierte Vorstellung. In ihr werden Argumente auf zivilisierte Art und Weise zwischen einer begrenzten Zahl aktiv Teilnehmender ausgetauscht. Es herrschen gewisse Regeln, die allen Beteiligten bekannt sind und meistens von allen eingehalten werden. Es gibt zwar Meinungsverschiedenheiten, diese sind aber nicht groß genug, als dass alle in Feindschaft auseinandergehen. Die Teilnehmenden sind informiert und am jeweiligen Thema interessiert. Die vernünftige Öffentlichkeit ist eine belebte, unterrichtete Öffentlichkeit, weil sie sich aktiv informiert und dadurch z. B. aus der Zeitung erfährt, was in der Welt passiert. Sie unterstützt staatliches Handeln, partizipiert an Wahlen, aber sie ist auch bereit, am Staat Kritik zu üben, wenn dieser seine Macht missbraucht. Die Ursprünge der Vorstellung einer vernünftigen oder rasonierenden Öffentlichkeit können auf die bürgerliche Öffentlichkeit (*bourgeois public sphere*) zurückgeführt werden, wie sie von Jürgen Habermas (1962) beschrieben wurde.

Eine andere Vorstellung der Öffentlichkeit ist die der *Mainstream- oder Massenöffentlichkeit*. An ihr sind alle Mitglieder einer Gesellschaft auf irgendeine Weise beteiligt (z. B. durch das Empfangen, Wahrnehmen und Teilen von Informationen über sogenannte Social-Media). Die Massenöffentlichkeit verkörpert das Verhalten der Mehrheit, welches von Hannah Arendt (1967) treffend als das „Sich-Verhalten“ beschrieben und vom

1 Siehe hierzu etwa die Debatte um die Notwendigkeit von Geheimnis und Nicht-öffentlichkeit in der Demokratie bei Höffe (2018), Knobloch (2017) und Mokrośńska (2021).

politischen Handeln abgegrenzt wurde. In ihrem Fortbestand ist die Massenöffentlichkeit auf Massenmedien angewiesen, durch die Relevanz von Informationen und Akzeptanz von Meinungen generiert werden. In der Massenöffentlichkeit wird daher fast ausschließlich das besprochen, was in den Massenmedien vorkommt. Bestandteil von ihr zu sein, bedeutet auch, sich bezogen auf die eigene Meinung mit den anderen in eine Richtung zu bewegen, nicht zu weit von den anderen entfernt zu sein. Richtungsänderungen sind möglich, aber sie passieren in Wellen, plötzlich und verbreiten sich schnell. Dafür muss jedoch erst ein Schwellenwert erreicht, also ein kritischer Teil der Masse zur Veränderung bewegt werden. Wenn die Massenöffentlichkeit gefragt würde, warum sie tut, was sie tut, dann lautete ihre Antwort: Weil die Mehrheit es tut. Das bedeutet nicht, dass gute Argumente keine Bedeutung haben, sie sind jedoch zweitrangig. Vorstellungen der Massenöffentlichkeit lassen sich verstreut im sozialwissenschaftlichen Diskurs finden und werden durch die Digitalisierung der Öffentlichkeit wieder aktuell (Arendt, 1967; Castells, 2007; Neuberger, 2017; Noelle-Neumann, 1980; Pfetsch et al., 2018).

Außerhalb der vernünftigen Öffentlichkeit und der Massenöffentlichkeit kann die *Gegenöffentlichkeit* (*counter public sphere*) (Fraser, 1990) verortet werden. Die Teilnehmenden dieser Öffentlichkeit grenzen sich von der herrschenden Elite und Mehrheit ab und sehen sowohl die vernünftige als auch die Massenöffentlichkeit mit kritischer Distanz. Ihre eigenen Interessen finden sie in beiden als nicht zureichend berücksichtigt. In den Diskursregeln der vernünftigen Öffentlichkeit nehmen sie einen ausschließenden Charakter wahr und arbeiten an alternativen Normen. Auch den Massenmedien steht die Gegenöffentlichkeit kritisch gegenüber, da sie ihnen nicht die für sie relevanten Informationen abgewinnen kann. Deswegen greift sie auf sogenannte alternative Medien zu (Kenix, 2011). Ihre Abgrenzung nach außen wirkt nach innen hin organisierend und identitätsbildend.

Eng verwandt ist die *affektive Öffentlichkeit* (*affective public sphere*) (Papacharissi, 2015), die ebenfalls als Gegenöffentlichkeit fungiert, weil auch sie Meinungen vertritt, die in der bürgerlichen und massenmedialen Öffentlichkeit wenig Anhängerschaft finden. Das Besondere an der affektiven Öffentlichkeit ist, dass sie sich über Erfahrungen und Emotionen nach innen hin strukturiert. Sie bringt diese öffentlich zum Ausdruck, um neue Verbündete zu mobilisieren. Wenn sie laut wird, dann äußert sie häufig ihre Empörung im Kampf gegen die Unterdrückung durch die (vermeintliche) Mehrheit. Die affektive Öffentlichkeit scheint besonders erfolgreich darin zu sein, ihre Belange so zu äußern, dass sie die Massen- bzw. Main-

streamöffentlichkeit erreicht. Deswegen verwundert es nicht, dass sie gelegentlich instrumentalisiert wird, als *fabrizierte affektive Öffentlichkeit*. Diese wird ebenfalls durch Erfahrungen und Emotionen angetrieben, doch mit dem Unterschied, dass die Sache, auf die sie ihre Energie richtet, gezielt konstruiert wurde. Nicht selten handelt es sich dabei um Lügen, die verbreitet werden, um die affektive Öffentlichkeit zum Handeln zu bewegen (Karpf, 2017). Das stellt die affektive Öffentlichkeit vor Probleme der Glaubwürdigkeit.

Nach dieser Illustration ist die nächste Frage, die sich stellt und zur vorliegenden Arbeit führt: Was passierte, wenn alle diese Facetten der Öffentlichkeit eingeladen würden, sich zu versammeln, um über ein relevantes Thema zu diskutieren? Wer wird die Einladung wahrnehmen? Auf die vernünftige, rasonierende Öffentlichkeit wird sicherlich Verlass sein, weil es ihre bürgerliche Pflicht ist, wenigstens vorbeizuschauen, und wegen der Gelegenheit, ihr Wissen und ihre Argumente mit anderen zu teilen, Einfluss zu nehmen und von anderen zu lernen. Die Massenöffentlichkeit kommt nur, wenn andere auch hingehen oder weil das diskutierte Thema „im Trend“ ist. Die Gegenöffentlichkeit wird mit sich hadern, weil sie einerseits eine Plattform für ihre Belange sieht, aber andererseits nicht sicher sein kann, dass die Einladung ernst gemeint und der Diskussionsraum der richtige ist. Ähnlich steht es um die affektive Öffentlichkeit. Wie werden sie alle miteinander kommunizieren? Wird die vernünftige Öffentlichkeit mit Argumenten überzeugen? Wird auf die Erfahrungen und Emotionen der Gegenöffentlichkeit reagiert? Werden diese kritisch hinterfragt oder unreflektiert wiederholt? Wird die affektive Öffentlichkeit argumentieren? Und wird die vernünftige Öffentlichkeit Emotionen teilen?

Daran anschließend stellt sich die Frage, ob die unterschiedlichen Öffentlichkeiten in der Lage sind, miteinander zu kommunizieren. Wie *sollte* ihre Kommunikation aussehen, damit das Vorhaben nicht scheitert? Gibt es gemeinsame Regeln, an die sich *alle* in ihrer Kommunikation halten können? Wie kann Verständigung zwischen den unterschiedlichen Perspektiven erzielt werden? Diejenigen, die der Einladung folgen, werden darauf vorbereitet sein, auf Andersdenkende zu treffen. Daher ist nicht davon auszugehen, dass sich alle nur anbrüllen werden, oder doch? Die Sorge, dass die Situation eskalieren könnte, ist nicht unberechtigt. Eine Empfehlung könnte lauten, zumindest für den ersten Versuch kein heikles Thema zu wählen. Und trotzdem scheint die Gefahr groß, dass sich am Ende nicht zugehört und aneinander vorbeigeredet wurde, die Teilnahme nur Zeitvertreib war und das Ergebnis ohne Bedeutung bleibt. Die Möglichkeit, dass der umgekehrte Fall eintritt, ist ebenso denkbar.

So eigen dieses Gedankenexperiment auch sein mag, es führt zum Ziel: zur öffentlichen Kommunikation im Internet, in der durch den vereinfachten Zugang alle Facetten der Öffentlichkeit zusammenkommen. Einladungen zur öffentlichen Diskussion werden vermehrt online ausgesprochen, wegen der besseren Erreichbarkeit, und weil ein solch umfangreicher Kommunikationsprozess in Präsenz schnell an Grenzen stoßen würde. Auch die Politik erkennt die Vorteile und lädt die Öffentlichkeit(en) dazu ein, sich an politischen Diskussionen im Internet zu beteiligen. Wer aber öffentliche Beteiligung initiiert, lädt die gesamte Vielfalt der Öffentlichkeit, mit all ihren Facetten ein. Die Ungewissheit, die damit einhergeht, ist so spürbar, dass sie wissenschaftliches Interesse weckt, Antworten auf die aufgeworfenen Fragen zur Beschaffenheit öffentlicher Kommunikation im Internet zu finden.

1.2 Forschungsinteresse

Es sollte deutlich geworden sein, warum sich die Wissenschaft für Kommunikation im Internet in der sogenannten eingeladenen Öffentlichkeit (invited public, Baringhorst, 2019), interessiert. Sie will wissen, was dort passiert. Dabei gibt es verschiedene Herangehensweisen und Schwerpunkte. Die Politikwissenschaft ist unter anderem daran interessiert, welche Teile der Bevölkerung der Einladung folgen und inwiefern die Kommunikation für politische Entscheidungen relevant ist. Die Kommunikations- und Medienwissenschaft fragt, ob dort aneinander vorbeigeredet wird oder ob Meinungsbildung stattfindet und die Meinungen, mit denen hineingegangen wird, sich im Prozess verändern. Die digitale Kommunikationsforschung interessiert sich für die Diskussionsarchitektur und wie diese die Kommunikation beeinflusst. In der Journalismusforschung wird angenommen, dass es sich bei Online-Beteiligung um einen Fall von Disintermediation handeln könnte, weil direkt kommuniziert wird und die Massenmedien dabei zumindest potenziell umgangen werden.

Der für die vorliegende Arbeit² wichtigste Strang der Forschung beschäftigt sich mit normativen Öffentlichkeitsmodellen, die aus

2 Die Arbeit ist im Kontext eines interdisziplinären Graduiertenkollegs entstanden. Die erste Generation des „NRW Fortschrittskollegs Online-Partizipation“ erforschte 2014 bis 2018 gesellschaftliche Herausforderungen, die sich durch eine zunehmende Digitalisierung und gestiegene Partizipationsansprüche der Bevölkerung ergeben. Das Forschungsprogramm wurde durch das Ministerium für Kultur

Demokratietheorien abgeleitet werden, um Idealvorstellungen öffentlicher Kommunikation zu beschreiben (Dahlberg, 2001a; Freelon, 2010; Gerhards, 1997). Das hier grundlegende theoretische Modell ist das der deliberativen Demokratie und Öffentlichkeit (Bächtiger et al., 2018; Gutmann & Thompson, 2004; Habermas, 2006, 2008; Wessler, 2018). Es basiert auf der Annahme, dass Demokratie nicht auf Mehrheitsentscheidungen durch Abstimmungen und Wahlen reduziert werden kann (Chambers, 2003). Stattdessen, oder ergänzend dazu, sollen politische Entscheidungen über Prozesse öffentlicher Kommunikation aller Teile der Gesellschaft erreicht werden. Auf die Frage, wie kommuniziert werden soll, damit Verständigung möglich wird, antwortet die Theorie: durch *öffentliche Deliberation*. Mit Deliberation ist ein Modus der Kommunikation gemeint, der vergleichsweise hohen Erwartungen an die Teilnehmenden gerecht wird. Zu den Erwartungen zählt, dass in der Deliberation Argumente und Gegenargumente ausgetauscht werden sollen, es soll einander zugehört und auf die Argumente der anderen reziprok eingegangen werden, alle Teilnehmenden sollen sich mit Respekt begegnen und einander als Gleiche anerkennen (Cohen, 1989; Gutmann & Thompson, 1996; Habermas, 1962, 1981a, 1981b). Von der Deliberation ausgeschlossen sind Manipulationsversuche und Lügen; diese Elemente strategischer Kommunikation sind in der deliberativen Demokratie explizit nicht willkommen (Dryzek, 2000). Damit geht die Annahme einher, dass alle Teile der Gesellschaft miteinander in Kommunikation treten können.

Das zentrale Argument dieser Arbeit schließt daran an und führt darüber hinaus. Zunächst sei noch einmal hervorgehoben, dass in der skizzierten Vorstellung öffentlicher Deliberation, die bevorzugte Form der Kommunikation aus reziproker Argumentation und Gegenargumentation besteht. Daraus lässt sich eine Bevorzugung der vernünftigen Öffentlichkeit gegenüber den anderen Öffentlichkeiten ableiten. Dieses *klassische Deliberationskonzept* übersieht jedoch mögliche positive Wirkungen expressiver und emotionaler Formen der Kommunikation, die etwa für die Kommunikation von Gegenöffentlichkeiten als zentral beschrieben worden sind (Fraser, 1990; Papacharissi, 2004). Daher werden in *inklusiven Deliberationskonzepten* neben der *Argumentation*, noch weitere Kommunikationsformen eingeschlossen, vor allem *Narrationen*, *Emotionsäußerungen* und *Humor*. Diese sollen sicherstellen, dass alle, auch Minderheitengruppen,

und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen finanziert, unter Leitung der damaligen Ministerin Svenja Schulze. Ein besonderes Anliegen bestand in der Förderung interdisziplinärer Forschung.

ihre Meinungen ohne die Hürde der Beredsamkeit frei äußern können (Young, 2000). Mit anderen Worten: weder Wohlstand noch ein Universitätsstudium noch die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Geschlecht etc. sollten Voraussetzungen sein, um an der öffentlichen Deliberation teilzunehmen. Von expressiven Kommunikationsformen wird erwartet, dass sie Empathie und Perspektivenübernahme fördern (Bickford, 2011; Black, 2008b; Kloß, 2020; Polletta & Lee, 2006).

In der klassischen Deliberationstheorie werden Emotionsäußerungen und Humor ambivalent betrachtet. Auch in anderen klassischen Theorien werden sie explizit oder implizit nicht in die Palette der rationalen Kommunikation eingeschlossen (Nussbaum, 2014). Darüber hinaus werden Emotionen mögliche negative Wirkungen zugesprochen, etwa auf die Gleichheit der Teilnehmenden (Saam, 2018; Thompson & Hoggett, 2001). Trotz oder genau wegen dieser Vorbehalte sollen Narrationen, Emotionsäußerungen und Humor in dieser Untersuchung zunächst als gleichberechtigte Bestandteile des Deliberationsprozesses angenommen werden. Ihr Beitrag zur öffentlichen Deliberation muss erst in theoretischer und empirischer Hinsicht beleuchtet werden, um einer Bewertung dieser Kommunikationsformen näherzukommen.

Um den Beitrag, den unterschiedliche Kommunikationsformen in der Deliberation leisten, zu spezifizieren, wird der Kommunikationsprozess als solcher aus einer sequenziellen und damit dynamischen Perspektive betrachtet (Bächtiger, Pedrini & Ryser, 2010; Curato, 2012). Es geht darum, theoretisch und empirisch zu klären, inwiefern die genannten Kommunikationsformen dazu beitragen, dass Sprecherinnen und Sprecher reziprok aufeinander Bezug nehmen. Als Kern öffentlicher Deliberation wurde die Reziprozitätsnorm bisher vor allem aus klassischer Sicht definiert als Argumentation und Gegenargumentation. Diese Verengung auf das klassische Deliberationskonzept hat zur Folge, dass eine Vielfalt unterschiedlicher Reaktionsmöglichkeiten unberücksichtigt bleibt.

Um an dieser Lücke anzusetzen, wird im theoretischen Teil der Arbeit ein Konzept inklusiver deliberativer Reziprozität entwickelt. Im Gegensatz zur klassischen, schließt die inklusive deliberative Reziprozität nicht nur Argumente, sondern weitere legitime Reaktionsmöglichkeiten ein. Die Wirkungsbeziehungen zwischen den Kommunikationsformen Argumentation, Emotionsäußerung, Narration und Humor im Ausgangskommentar und klassischer und inklusiver deliberativer Reziprozität im Antwortkommentar bilden den Schwerpunkt der empirischen Untersuchung zur Deliberationsdynamik. Die theoretischen Überlegungen werden anhand einer Untersuchung von Online-Diskussionen im Rahmen von Bürgerbe-

teilungsverfahren mit der Empirie konfrontiert. Die übergeordnete Forschungsfrage der Arbeit lautet: *Welchen Einfluss haben Argumentation, Narration, Emotionsäußerung und Humor auf deliberative Reziprozität im Verlauf politischer Online-Diskussionen?*

Zusammengenommen leisten die Ergebnisse dieser Arbeit einen Beitrag zu einem Verständnis öffentlicher Deliberation, welches Rationalität und Emotionalität sowie analytische und sozio-emotionale Aspekte deliberativer Kommunikation in Beziehung zueinander stellt. Die Kommunikationsformen werden theoretisch-konzeptionell voneinander getrennt betrachtet, müssen sich jedoch empirisch nicht zwingend ausschließen. Bei Argumentation, Emotionsäußerung, Narration und Humor handelt es sich um grundlegende Formen der menschlichen Kommunikation, die einen großen Teil der Kommunikation im Internet ausmachen. Sie werden daher als Grundelemente des Deliberationsprozesses betrachtet und untersucht. Die Ergebnisse verdeutlichen, inwiefern jede der Kommunikationsformen in zeitlich nachgelagerten Abschnitten der Diskussion, deliberative Reziprozität auslöst und wie die jeweiligen kommunikativen Reaktionen im Detail beschaffen sind. Die Untersuchung dieser Zusammenhänge bringt nicht nur die theoretische und empirische Deliberationsforschung weiter, sondern trägt auch zu einem besseren Verständnis der Möglichkeiten und Grenzen öffentlicher Deliberation im Internet bei. Damit sind Implikationen für die Praxis der Online-Partizipation verbunden.

1.3 Aufbau der Arbeit

Die Arbeit gliedert sich in einen theoretischen und einen empirischen Teil. Nach der Einleitung wird im ersten Schritt der gesellschaftliche und wissenschaftliche Kontext umrissen, in dem sich die Studie verorten lässt (vgl. Kap. 2). Dabei wird in Kapitel 2.1 das Konzept der deliberativen Demokratie von anderen Demokratievorstellungen abgegrenzt. Danach werden in Kapitel 2.2 die Vorzüge und Probleme digitaler Kommunikationsräume für Bürgerbeteiligung und Deliberation diskutiert. Anschließend werden verschiedene Formen der Partizipation voneinander abgegrenzt, um zu bestimmen, welche Schnittmenge der Partizipation im Internet als Deliberation bezeichnet werden kann. Danach gibt Kapitel 3 einen systematischen Überblick zum aktuellen Stand der empirischen Deliberationsforschung. In Kapitel 4 wird ein Analysemodell für öffentliche Deliberationsprozesse entwickelt sowie Annahmen und Forschungsfragen zum Kommunikationsprozess und seinen Wirkungsbeziehungen formu-

liert (vgl. Kap. 4.2). Anschließend folgt der empirische Teil. In Kapitel 5 wird das Vorgehen der relationalen Inhaltsanalyse erläutert. Danach werden grundlegende Überlegungen zur sequenzanalytischen Auswertung der Daten angestellt (vgl. Kap. 5.2). Die ausgewerteten Ergebnisse werden in Kapitel 6 berichtet und anschließend zusammengefasst (vgl. Kap. 6.5). Die zentralen empirischen Befunde und theoretischen Erkenntnisse werden zu Beginn der Diskussion in Kapitel 7.1 aufgegriffen. Danach werden die Limitationen der Arbeit besprochen und mögliche Wege für die zukünftige Forschung in diesem Bereich aufgezeigt (vgl. Kap. 7.2). Das letzte Kapitel (vgl. Kap. 7.3) reflektiert, was die Praxis der Online-Partizipation aus den Ergebnissen lernen kann.